

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer,
Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Ackerl,
Landesrat Rudi Anschober,
und
Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner**

am 14. Juni 2010

zum Thema

**Land Oberösterreich startet das Oö. Reformprojekt
"Zukunft finanzieren – Zukunft ermöglichen"**

Weitere Gesprächsteilnehmer:

- Landesamtsdirektor Dr. Eduard Pesendorfer
- Landespräsidialdirektion Mag.^a Antonia Licka

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Klosterstraße 7 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-115 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Land Oberösterreich begegnet der Finanz- und Wirtschaftskrise mit Reformen – Zukunft muss finanzierbar bleiben

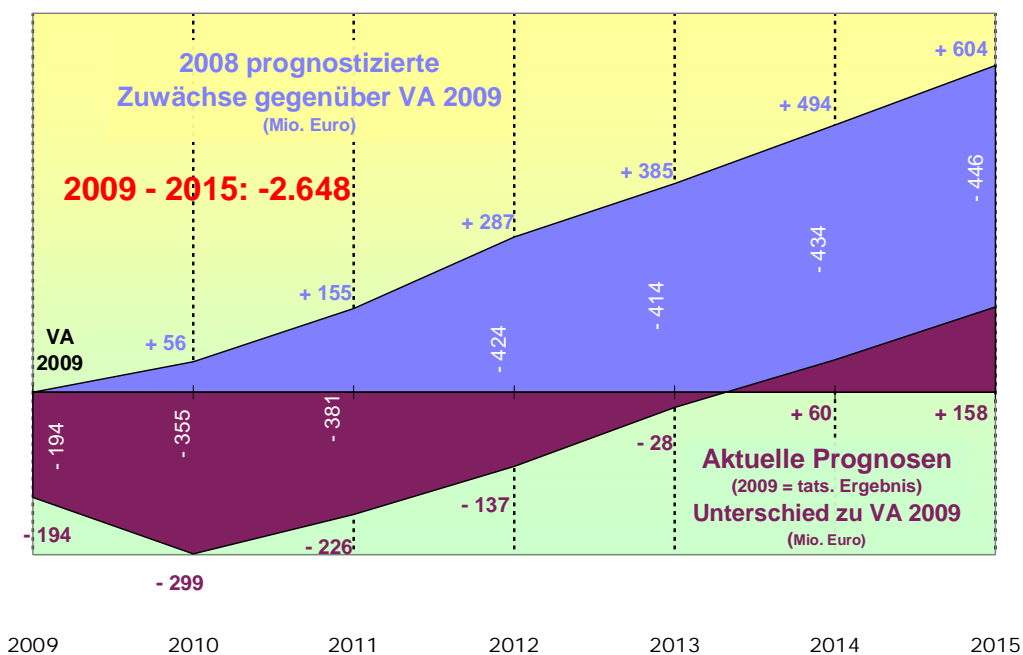
Finanzsituation des Landes OÖ – Entwicklung und heutige Situation

Das Land Oberösterreich hat nach einer umfassenden Prüfung der Landesfinanzen am 1. Juni 2010 zum elften Mal hintereinander von der internationalen Ratingagentur Standard & Poor's das langfristige Rating von AAA und das Kurzfrist-Rating von A-1+ bestätigt bekommen. Standard & Poor's verknüpft ihr Rating aber auch mit einem Ausblick auf eine mittel- und langfristige Zeitspanne und stuft den Ausblick des Oö. Landesbudgets neuerlich als "stabil" ein. Das Land Oberösterreich kann sich daher im weltweiten Vergleich klar von hochverschuldeten Wirtschaftsräumen abheben.

Die finanzielle Situation des Landes Oberösterreich ist einerseits auf eine zukunftsorientierte Finanzpolitik und andererseits auf die bereits seit 1993 laufenden Maßnahmen der Verwaltungsentwicklung, die im Rahmen des langfristigen Projekts der „wirkungsorientierten Verwaltung“ (WOV) gesetzt wurden, zurückzuführen.

Dramatische Veränderungen erfordern neue Ziele und Maßnahmen

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise hat aber zu einer nicht vorhersehbaren völlig veränderten Situation geführt. Der Einbruch der Wirtschaftsleistung um 4,1 Prozent im Jahr 2009 hat über die Ertragsanteile auch im oberösterreichischen Landeshaushalt zu massiven Einnahmeeinbrüchen geführt. Oberösterreich musste 2009 einen Einnahmefehl von 194 Millionen Euro hinnehmen. Heuer wird mit 300 Millionen Euro der Tiefpunkt erreicht werden. Erst 2014 werden die Einnahmen wieder über das Niveau des Voranschlags 2009 hinauskommen. Durch diese Ausfälle fehlen im Landeshaushalt in den Jahren 2009 bis 2015 in Summe rund 2,5 Milliarden Euro.



Grafik: Land OÖ

Die derzeit schwierige Situation erfordert daher entschlossene Aufgaben- und Strukturreformen, um die für das Land notwendigen finanziellen Spielräume zu schaffen, damit Neues in Oberösterreich realisiert werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, soll das Reformprojekt gestartet werden, das Effizienzsteigerung und Entlastung von entbehrlichen Aufgaben zum Ziel hat.

Mit dem Reformprojekt intensiviert das Land Oberösterreich die bisherigen Reformbestrebungen, um einen möglichst großen finanziellen Spielraum für künftige Aufgaben und Anforderungen zu wahren und andererseits eine stabile und solide Finanzsituation auch mittelfristig abzusichern. Das Land Oberösterreich soll mit seiner vorbildlichen Verwaltung eine der erfolgreichsten Regionen Europas bleiben.

Zu den bisherigen Reformschritten im Zuge der „wirkungsorientierten Verwaltung“ (WOV) gehörten:

- Zwei Aufgabenreformprojekte und Maßnahmen zur Effizienzsteigerung mit einer Nettoeinsparung von rund 1.300 Dienstposten und zusätzlichen Kostensenkungen von rund 9,2 Millionen Euro.

- Konzentration privatwirtschaftlicher Aufgaben in unternehmensrechtlichen Strukturen; dies wurde bereits bei einigen Einrichtungen verwirklicht.
- Organisationsprojekte mit neuen Strukturen des Amtes der Oö. Landesregierung (Reduktion von 267 Organisationseinheiten im Jahr 1992 auf 156 im Jahr 2008) und der Bezirkshauptmannschaften und
- verbesserte langfristige, strategische und operative Planungs- und Steuerungsmaßnahmen.

Diese und weitere Maßnahmen verbessern die Wirtschaftlichkeit und gleichzeitig die Wirksamkeit der Landesverwaltung. Das Land Oberösterreich war und ist dank dieser Maßnahmen und dank des engagierten Einsatzes der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter äußerst erfolgreich.

Kommen in Wien nur 21 Einwohner auf einen Beamten oder Vertragsbediensteten, so sind es in Oberösterreich dagegen 32.

Bundesland	gesamt	Einwohner pro Personal
Wien	78.473	21
Vorarlberg	14.635	25
Steiermark	47.204	26
Salzburg	20.171	26
Kärnten	20.768	27
Tirol	25.549	27
Niederösterreich	56.791	28
Burgenland	9.457	30
Oberösterreich	43.538	32

Quelle: Statistik Austria, Abteilung Statistik des Landes Oberösterreich

Ziele der Verwaltungsreform im Landesbereich

Ziel ist eine deutliche und nachhaltige Verkleinerung der Landesverwaltung, die bis spätestens 2015 erreicht werden und zu bleibenden Einsparungen führen soll. Die Einsparungsziele gelten auch für die politischen Büros, bei denen aber schon nach der jüngsten Landtagswahl weitgehend 10 Prozent der Bediensteten eingespart wurden.

Die Reform im Landesbereich besteht aus:

- Aufgaben- und Leistungsplanungen der gesamten Verwaltung mit einer nochmaligen strengen Prüfung der Aufgaben (Aufgabenreform) sowie
- mehreren Projekten und Sonderprojekten für wichtige und komplexe Aufgabenbereiche.

Dabei werden alle Leistungen und Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich des Landes nochmals hinterfragt und möglichst kostensparend gestaltet.

Sonderprojekte wird es unter anderem für folgende Bereiche geben:

- Reform der Wohnbauförderung
- Schaffung einer Innovationsholding zur Bündelung aller Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen des Landes Oberösterreich
- Überführung der Akademie für Umwelt und Naturschutz zu einer Zukunftsakademie des Landes Oberösterreich
- Überprüfung von Zusammenlegungen von Beratungsstellen
- Ausbau der überregionalen Gemeindezusammenarbeit
- Überprüfung und Zusammenlegung der dezentralen Einrichtungen (z.B. Regionalmanagement, Leader, Euregio usw.)

Zeitplan und Vorgangsweise für die Verwaltungsreform

Am 31. Mai 2010 erfolgte in der Sitzung der Oö. Landesregierung der einstimmige Beschluss für das Oö. Reformprojekt. Der weitere Zeitplan sieht vier Phasen vor:

Zeitraum	Maßnahmen
Mai 2010 bis Juli 2010	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regierungsbeschluss zur Verwaltungsreform ▪ Mitarbeiter/innen- und Interessentenbeteiligung: Einholung von Ideen und Vorschlägen ▪ Einholen von Vorschlägen der politischen Referenten ▪ Organisation des Projekts, Nominierung der Verantwortlichen, Vorbereitung der nächsten Phasen ▪ Entscheidung über Sonderprojekte

bis Juni 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reformvorschläge (Aufgabenreform) mit Umsetzungsmaßnahmen werden in den Direktionen erarbeitet. ▪ Durchführung der Sonderprojekte ▪ Bewertung und Koordination der Vorschläge durch Expertengruppe
2. Halbjahr 2011	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entscheidungen im politischen Lenkungsausschuss
2011 bis 2015	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umsetzung in den Jahresplanungen und Budgets 2012 bis 2015

Sofort umsetzbare Maßnahmen werden bereits in den Budgets für die Jahre 2010 und 2011 berücksichtigt.

Handelnde Personen

In den Reformprojekten wird die Verantwortung klar definiert und verteilt. Alle Ebenen werden in einen demokratischen Prozess einbezogen, um möglichst viele Ideen und Vorschläge zu gewinnen und möglichst alle Erfahrungen der betroffenen Menschen zu nutzen:

- Alle Interessierten aus der Bevölkerung und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können Reformvorschläge einbringen.
- Die Dienststellen der Landesverwaltung werden Reformvorschläge erarbeiten.
- Eine hochrangige Expertengruppe bewertet die Reformvorschläge und koordiniert den weiteren Umgang. Die Mitglieder der Expertengruppe sind:
 - Landesamtsdirektor Dr. Eduard Pesendorfer (Vorsitz)
 - Landesamtsdirektor-Stellvertreter Dr. Peter Sonnberger
 - Landespräsidialdirektorin Mag. Antonia Licka
 - Landespersonaldirektor Mag. Helmut Ilk
 - Landesfinanzdirektor Dr. Josef Krenner
 - Landtagsdirektor Dr. Wolfgang Steiner

- Obmann des Landespersonalausschusses Dr. Peter Csar
- Projektmanagerin DI Daniela König

- Ein politischer Lenkungsausschuss mit folgenden Mitgliedern trägt die Entscheidungen:
 - Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer (Vorsitz)
 - Mitglieder der Oö. Landesregierung
 - Klubobleute der im Oö. Landtag vertretenen Parteien (oder ihre Vertreter)
 - Landesamtsdirektor Dr. Eduard Pesendorfer
 - Obmann des Landespersonalausschusses Dr. Peter Csar

Externe Berater: Bei den einzelnen Projekten und Sonderprojekten werden darüber hinaus externe Berater heran gezogen bzw. können auch ganze Teilprojekte zur Reformvorschlagsvorbereitungen von der Expertenkommission an externe Stellen vergeben werden.

Solche externe Berater werden aus anderen Verwaltungsbereichen, aber auch aus anderen Wirtschaftsbereichen kommen, insbesondere natürlich aus der einschlägigen Beratungsbranche.